

http://www.laender-analysen.de/russland/

ELITENKONFLIKTE IN DER ERDÖLINDUSTRIE: DER FALL ROSNEFT

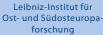
| ■ ANALYSE | |
|--|----|
| Uljukajews Fall und Jewtuschenkows Niederlage. | |
| Rosnefts Expansion durch Annexion | 2 |
| Von Roland Götz, Aurich | |
| DOKUMENTATION | |
| Biografien der Hauptakteure | 5 |
| ■ UMFRAGE | |
| Die Verurteilung Aleksej Uljukajews | 6 |
| ■ STATISTIK | |
| Förderung von Erdöl und Gaskondensat in Russland 2000 – 2016 | 8 |
| ■ ANALYSE | |
| Der Mineralölkonzern »Rosneft« | |
| Kommerzieller Erfolg und Einsatz politischer Machtmittel | 9 |
| Von Hans-Henning Schröder, Bremen | |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Statistiken zu Rosneft | 13 |
| ■ DEKODER | |
| Korruptionsanklagen mit System? Der Fall Uljukajew und seine Vorbilder | 17 |
| Von Dimitrij Filonow und Anastasija Jakorewa, Republic | |
| CHRONIK | |
| 19. – 28. Januar 2018 | 22 |

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde























Uljukajews Fall und Jewtuschenkows Niederlage. Rosnefts Expansion durch Annexion

Von Roland Götz, Aurich

Zusammenfassung

Vermutete Russlands Minister für wirtschaftliche Entwicklung Aleksej Uljukajew in dem verschlossenen Koffer, den er auf dem Parkplatz des Rosneft-Hauptsitzes in seinen Dienstwagen lud, Weinflaschen oder zwei Millionen US-Dollar Bestechungsgeld? Diese Frage hat das Gericht nicht zweifelsfrei klären können. Dennoch verurteilte es Uljukajew wegen »Bestechlichkeit in einem besonders schweren Fall« zu acht Jahren Straflager und einer Geldstrafe von zwei Millionen US-Dollar. Hintergrund dieses Kriminalfalls bildet die von Uljukajew kritisierte Übernahme des Ölkonzerns »Baschneft« durch »Rosneft«, die Parallelen zur »Jukos«-Affäre aufweist.

Von Putin zum Abschuss freigegeben?

Mit »Von Putin zum Abschuss freigegeben?« überschrieb die FAZ einen Beitrag ihrer Russlandkorrespondenten zum »Fall Uljukajew«. Auch viele andere Kommentatoren gingen davon aus, dass Wirtschaftsminister Aleksej Uljukajew Opfer eines von »Rosneft«-Chef Igor Setschin und/oder Wladimir Putin eingefädelten Komplotts geworden war. Denn dass der Minister es gewagt haben könnte, von jemandem Geld zu fordern, der in Russland »Darth Vader« (»die dunkle Seite der Macht« in Star Wars) genannt wird, konnten sie sich nicht vorstellen (siehe Szymon Kardaś, Iwona Wiśniewska sowie Sergey Medvedev in den Lesetipps).

Stattdessen spekulierte man: Uljukajew wäre, weil er öffentlich Setschins Geschäfte als nicht marktkonform kritisiert hatte, entmachtet worden. Oder: Putin habe alle noch im Staatsdienst verbliebenen liberalen Ökonomen einschüchtern wollen. Auch wurde vermutet, dass Uljukajew Opfer eines Machtkampfes zwischen verschiedenen Fraktionen der Sicherheitsdienste geworden war, die um Putins Gunst rivalisieren. Keine dieser Hypothesen kann jedoch überzeugen. Vor allem kann Uljukajew kein Hindernis für Geschäfte des Rosneft-Chefs gewesen sein, die wie die Baschneft-Transaktion von Putin genehmigt wurden.

Und: Die im Staatsdienst stehenden liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Ökonomen – auch »Systemliberale« genannt (zu ihnen gehören u. a. der ehemalige Finanzminister und heutige Regierungsberater Alexej Kudrin, der stv. Ministerpräsident Arkadij Dworkowitsch, der ehemalige Wirtschaftsminister und heutige Präsidentenberater Andrej Beloussow, die Zentralbankchefin Elwira Nabiullina, der Präsident der »Sberbank«, German Gref) – werden von Putin in ihren Positionen gehalten, weil sie sich gegen die Befürworter einer nationalistischen, staatszentrierten Wirtschaftspolitik stellen, deren Ansichten Putin nicht teilt.

Schließlich: Da in Russland ein echter Korruptionsskandal nach dem anderen aufgedeckt wird, in den Gouverneure, Bürgermeister, Polizeioffiziere oder hochrangige Militärangehörige verwickelt sind (meistens geht es um Bestechungsgelder bei der Vergabe von Staatsaufträgen), brauchen die miteinander rivalisierenden Sicherheitsdienste keine erfundenen Fälle, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen.

Wie Baschneft zu Rosneft kam

In den 1990er Jahren wurde der ehemals sowjetische Energiekomplex Baschneft, der Erdölfelder im Wolga-Ural-Gebiet sowie in Nord- und Westsibirien sowie Raffinerien in Baschkortostan umfasste, vom ersten Präsidenten Baschkortostans, Murtasa Rachimow, in Besitz genommen. Dessen Sohn Ural verkaufte 2005 und 2009 Baschneft-Anteile für insgesamt 2,6 Milliarden US-Dollar an Russlands größte Holdinggesellschaft »AFK Sistema«, deren Gründer und Hauptaktionär Wladimir Iewtuschenkow ist.

Im April 2014 beanstandete Russlands Generalstaatsanwaltschaft die Privatisierung der baschkirischen Erdölbetriebe als unrechtmäßig und warf »Sistema« Hehlerei (den Kauf gestohlenen Vermögens) sowie Geldwäsche
(die Legalisierung der ungesetzlichen Einnahmen des
Verkäufers) vor. Während Ural Rachimow, der 2010 nach
Österreich übersiedelt war, sich einer Bestrafung entziehen konnte, wurde Jewtuschenkow im September 2014
unter Hausarrest gestellt. Das Moskauer Wirtschaftsgericht verurteilte ihn zur Übertragung der von Sistema
verwalteten Baschneft-Aktien an Russlands Staatsvermögensverwaltung. Danach wurde Jewtuschenkow im
Dezember 2014 aus dem Hausarrest entlassen.

Sistema verlangte von der Familie Rachimow Schadenersatz für die den Baschneft-Aktionären entstandenen Verluste. Im Zuge dieser Auseinandersetzung urteilte das Wirtschaftsgericht im Februar 2015, dass Sistema gutgläubiger Erwerber des Baschneft-Vermögens war, und nahm damit die Vorwürfe der Hehlerei und der Geldwäsche zurück. Im Dezember 2015 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Jewtuschen-

kow mit der Begründung ein, dass bei ihm kein strafbarer Tatbestand vorgelegen habe. Dennoch gab der Staat die Baschneft-Aktien nicht an Sistema zurück, sondern verteilte sie anderweitig: Ein Viertel des Baschneft-Kapitals erhielt die Republik Baschkortostan, eine Hälfte sollte privatisiert werden. Am 30.09.2016 erklärte das Wirtschaftsministerium seine Zustimmung zum Verkauf von 50,1 Prozent des Baschneft-Aktienkapitals für 330 Milliarden Rubel (rund fünf Milliarden US-Dollar) an Rosneft, der am 8.10.2016 erfolgte. Persönlich war Uljukajew allerdings – wie andere »Systemliberale« auch – der Ansicht, dass Baschneft nicht durch die halbstaatliche Rosneft übernommen werden sollte, weil damit keine echte Privatisierung verbunden wäre.

Mit dem Erwerb der Sistema-Anteile wollte sich Setschin noch nicht zufriedengeben: Rosneft und die nun von Rosneft geführte Baschneft verklagten am 15.05.2017 Sistema auf Schadenersatz in Höhe von 107 Milliarden Rubel für eine angebliche Wertminderung durch die von Sistema vorgenommene Umstrukturierung von Baschneft. Diese Forderung wurde bis Dezember auf 302 Milliarden Rubel (fünf Milliarden US-Dollar) erhöht, was Sistema im Erfolgsfall der Klage in den Bankrott getrieben hätte. Jewtuschenkow musste kapitulieren: Am 27.12.2017 erzielten Rosneft und Sistema einen Vergleich, wonach Sistema zusätzlich zum Verlust von Baschneft noch 100 Milliarden Rubel (1,7 Milliarden US-Dollar) an Rosneft zu bezahlen hat.

Chronologie des Falls Uljukajew

Am 15.10.2016, also eine Woche nach dem Verkauf der Baschneft-Aktien an Rosneft, unterhielt sich Uljukajew auf dem BRICS-Gipfeltreffen auf Goa wenige Minuten mit Setschin. Dabei forderte er nach Setschins Darstellung, indem er zwei Finger in die Höhe streckte, zwei Millionen US-Dollar als Dank für die Kooperation seines Ministeriums bei der Abwicklung der Baschneft-Transaktion. Setschin unterrichtete den Inlandsgeheimdienst FSB und Putin über den Vorgang. Der Präsident hätte Uljukajew sofort wegen mangelnden Vertrauens entlassen und damit die Ausweitung der Affäre verhindern können – stattdessen gab er sein Einverständnis, diesen der Bestechlichkeit zu überführen.

Zu diesem Zweck bereitete der FSB-General Oleg Feoktistow, den Setschin einen Monat zuvor zum Leiter des Rosneft-Sicherheitsdiensts berufen hatte, in Zusammenarbeit mit dem FSB ein »Ermittlungsexperiment« (gem. § 181 Strafprozessordnung der Russischen Föderation) vor. Es wurde am 14.11.2016 in Gang gesetzt, indem Setschin Uljukajew telefonisch um ein Gespräch im Rosneft-Hauptquartier bat. Für Uljukajew wurde auf dem Parkplatz ein verschlossener, 20 kg schwerer Koffer bereitgestellt, den dieser nach einer kurzen Unterhaltung

mit Setschin in seinen Dienstwagen lud. Danach erörterten Setschin und Uljukajew bei Tee wirtschaftliche Fragen, ohne den Koffer und seinen Inhalt zu erwähnen. Zum Abschied schenkte Setschin, wie man es von ihm gewohnt ist, Uljukajew einen Korb mit Würsten.

Bei der Ausfahrt aus dem Rosneft-Gelände wurde Uljukajew von Polizisten, die in dem Koffer zwei Millionen US-Dollar in 100-Dollar-Noten fanden, verhört und festgenommen. Am 15.11.2016 entließ Putin Uljukajew wegen mangelnden Vertrauens. Uljukajew musste im Hausarrest auf seinen Prozess warten, der am 08.08.2017 vor einem Moskauer Bezirksgericht begann. Die Anklage lautete auf »Bestechlichkeit im Amt in einem besonders schweren Fall«, was gemäß § 290 Abs. 6 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation mit Freiheitsentzug zwischen 8 und 15 Jahren bestraft wird. Das (für russische Verhältnisse bescheidene) Vermögen der Familie Uljukajew in Höhe von 500 Millionen Rubel (rund 8 Millionen US-Dollar) wurde als Sicherheitsleistung arretiert.

Das Gerichtsverfahren litt darunter, dass der Hauptzeuge Setschin sich viermal der Vorladung entziehen und daher nicht von der Verteidigung befragt werden konnte, was aber wahrscheinlich (wie Putin auf eine Frage in seiner Jahrespressekonferenz 2017 antwortete) an der Beweislage nichts geändert hätte, weil Setschin wohl nur die gegenüber den Ermittlern abgegebenen Behauptungen wiederholt hätte. Uljukajew blieb ebenfalls bei seiner Version, wonach Setschin ihm auf Goa besonders guten Wein versprochen hätte, den er in dem für ihn auf dem Rosneft-Parkplatz bereitgestellten Koffer vermutet habe.

Der Staatsanwalt forderte zehn Jahre Haft in einem Straflager und eine Geldstrafe von 500 Millionen Rubel (rund 8 Millionen US-Dollar). Am 15.12.2017 verurteilte das Gericht, das strafmildernde Umstände wie das hohe Alter seiner Eltern anerkannte, Uljukajew zu acht Jahren Lagerhaft sowie 130 Millionen Rubel (zwei Millionen US-Dollar) Geldstrafe. Uljukajew wurde in das Prominenten-Untersuchungsgefängnis Nr. 1 in Moskau eingeliefert. Im Dezember 2017 legten seine Anwälte Berufung ein.

Indizien und Zweifel

Bezeugt ist, dass Uljukajew und Setschin sich am 15.10.2016 kurz unterhalten haben. Dass Uljukajew bei dieser Gelegenheit von Setschin Geld gefordert haben soll, konnte jedoch nicht bewiesen werden, da hierbei Aussage gegen Aussage steht. Auch dass Uljukajew, wie Setschin sagte, zwei Finger hochhielt, wurde von den Augenzeugen des Gesprächs nicht bestätigt.

Sowohl der Inhalt des Telefonats am Mittag des 14.11.2016, als auch die Abschriften von vier verschiedenen Tonaufnahmen der Gespräche zwischen Uljukajew und Setschin (eine davon entstand durch ein von Setschin

am Körper getragenes Gerät), wurden vor Gericht verlesen und gelangten an die Öffentlichkeit (siehe »Wedomosti« in den Lesetipps). Demnach sagte Setschin beim Eintreffen Uljukajews: »Wir haben den Betrag (»objom«, auch: »die Summe«/»die Menge«) zusammenbekommen. Damit kannst Du den Auftrag als erfüllt ansehen.« Uljukajew antwortete darauf mit »Ja«. Diese knappe Reaktion Uljukajews bedeutete nach Auffassung der Anklage, dass er annahm, dass es sich beim Inhalt des Koffers um die von ihm geforderte Geldsumme handelte.

Die von Anklage und Verteidigung herangezogenen Sachverständigen widersprachen sich bei der Interpretation der zwischen Uljukajew und Setschin geführten Unterhaltung. Wenn aber Zweifel an der Schuld des Angeklagten möglich sind, gilt die in Art. 49 Abs. 3 der Verfassung sowie § 14 der Strafprozessordnung garantierte Unschuldsvermutung und das Gericht hätte Uljukajew freisprechen müssen. Wie Maria Shklyaruk in der Zeitschrift »Osteuropa« darlegte (Nr. 9–10/2017), entspricht die Missachtung dieser Rechtsnorm freilich gängiger Gerichtspraxis in Russland.

Setschin hat mit seinem zwar nicht eindeutig bewiesenen, aber auch schwer widerlegbaren Vorwurf einen – wenn auch machtlosen – Störenfried aus dem Amt entfernt und seinen Ruf als unangreifbar, weil anscheinend über dem Gesetz stehend, gefestigt. Der Präsident gab eine weniger glückliche Figur ab: Er musste auf seiner Jahrespressekonferenz am 14.12.2017 Setschins Fernbleiben vom Prozess verteidigen und wird als Verantwortlicher für eine weitere Verschlechterung der Rechtsicherheit und des Investitionsklimas in Russland angesehen.

Zum Wohle Russlands?

Zum Wohle Russlands! So lautet das Motto des Rosneft-Jahresberichts 2016. In diesem Sinne auch versteht Rosneft-Chef Setschin sein Wirken an der Spitze des vom Staat beherrschen, größten Ölkonzern Russlands (siehe dazu die auf diesen Beitrag folgenden Tabellen). Vergleichsweise »zivilisiert« war es zugegangen, als Rosneft 2013 den Tjumener Ölkonzern TNK-BP von BP und der Gruppe AAR (»Access Industries« von Leonard Blavatnik, »Alfa Group« von Michail Fridman und »Renova Group« von Wiktor Wekselberg) kaufte. Das freilich deshalb, weil Setschin beabsichtigte, BP als Sprungbrett für Rosnefts globale Expansion zu nutzen (siehe dazu Jonas Grätz in den Lesetipps).

Mit dem Erwerb der Baschneft-Anteile 2016 setzte Rosneft dagegen seine Strategie der Expansion durch Annexion fort, die 2004 mit der Übernahme von »Jukos« begonnen hatte. In beiden Fällen hatte die Staatsanwaltschaft den Hauptaktionär grundlos eines Verbrechens beschuldigt (zum Jukos-Fall siehe Otto Luchterhandt in den Lesetipps). In beiden Fällen wurden Unternehmen entschädigungslos vom Staat konfisziert und wenig später an Rosneft verkauft. Wie Michail Sygar in seinem Buch »Endspiel« (Köln 2015) schreibt, soll Setschin bei der Ingangsetzung der Verfahren gegen Chodorkowskij und Jewtuschenkow die treibende Kraft gewesen sein (S. 211/212). Er sei die zentrale Figur eines Kreises von Beamten mit Geheimdienstkarriere, die es für ihre Pflicht halten, die »Oligarchen« dazu zu zwingen, von ihrem Reichtum etwas an den Staat abzugeben.

Setschin entspricht, auch wenn er hundertfacher Dollarmillionär ist, nicht dem Typus des »Oligarchen« der 1990er Jahre, der seinen Aufstieg der Überführung von Staatsvermögen in Privatkapital verdankte, sondern dem des unternehmerisch tätigen Staatsfunktionärs, der – im Einklang mit dem in Russland verbreiteten holistischen Denken, aber unter Missachtung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Prinzipien – die Verschmelzung von Staat und Wirtschaft anstrebt. Kaum wird er sich damit zufrieden geben, dass der Anteil von Rosneft an der Ölförderung in Russland zwischen 2000 und 2017 von vier auf 42 Prozent anstieg.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und den Volkswirtschaften der GUS beschäftigt.

Lesetipps

- Grätz, Jonas: Kontrolle und Internationalisierung. Rosneft schluckt TNK-BP, in: Russland-Analysen Nr. 246, 2.11.2012, S. 15–16, http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen246.pdf>.
- Kardaś, Szymon; Iwona Wiśniewska: The Ulyukaev case. Tension inside the Russian elite, 1.12.2017, https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_255.pdf>.
- Luchterhandt, Otto: Der zweite JUKOS-Strafprozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew, in: Russland-Analysen Nr. 214, 11.2.2011, S. 2–5, http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen214.pdf>.
- Medvedev, Sergey: Strafverfahren gegen Minister Uljukajew. Fortsetzung der Offensive der »Silowiki« gegen die »Systemliberalen«?, in: Russland-Analysen Nr. 326, 2.12.2016, S. 14–17, http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen326.pdf>.
- Wedomosti, 15.09.2017, https://www.vedomosti.ru/business/articles/2017/09/05/732453-razgovori-ulyukaeva-i-sechina.

Biografien der Hauptakteure

Aleksej Uljukajew: Ein Reformer im Staatsdienst

Der 1956 geborene Sohn eines Professors an der Moskauer Staatsuniversität für Raumplanung durchlief nach dem Wirtschaftsstudium die typische Laufbahn eines Reformökonomen der Perestrojka-Periode, der weder in die Parteipolitik ging, noch zum »Oligarchen« wurde. Er startete 1991 als Berater Jegor Gajdars, wurde im Jahr 2000 von seinem Förderer, dem damaligen Finanzminister Aleksej Kudrin, zu einem seiner Stellvertreter berufen und 1994 Erster Stellvertreter des Zentralbankchefs Sergej Ignatjew. Seine Bewerbung um dessen Nachfolge blieb 2013 erfolglos, als Putin Elwira Nabiullina den Vorzug gab, die von 2007 bis 2012 das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung geleitet hatte. Im Juni 2013 ernannte Präsident Wladimir Putin Aleksej Uljukajew zum Minister für wirtschaftliche Entwicklung. Im Juni 2015 wurde er Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB. Das Vermögen seiner Familie wurde im Laufe der Ermittlungen mit 500 Millionen Rubel (rund 8 Millionen US-Dollar) beziffert. Uljukajews Hobby ist das Verfassen von Gedichten.

(Quellen: https://lenta.ru/lib/14173566/> und weitere Meldungen).

Igor Setschin: Ein politischer Unternehmer

Geboren 1960 als Kind einer Arbeiterfamilie, studierte Igor Setschin an der philologischen Fakultät der Leningrader Staatsuniversität Französisch und Portugiesisch, absolvierte ab 1982 eine zweijährige Geheimdienstausbildung und war von 1984 bis 1986 Dolmetscher sowjetischer Militärberater in Mosambik und Angola. 1991 wurde er Putins Sekretär in der Leningrader Stadtverwaltung. 1996 wechselte er zusammen mit Putin nach Moskau zunächst in Boris Jelzins, dann von 2000 bis 2008 in Putins Präsidialverwaltung. Im Juli 2004 wurde Setschin Vorsitzender des Verwaltungsrats von »Rosneft«. Von 2008 bis 2012 war er als Stellvertreter des Ministerpräsidenten Putin mit der Aufsicht über den Energiesektor beauftragt. Diese Funktion behielt er auch in der dritten Präsidentschaft Putins bei, in der er 2012 zum Präsidenten (Vorstandsvorsitzenden) von »Rosneft« gewählt wurde. Setschin verkörpert den Typ des Funktionärs mit Geheimdiensthintergrund, der für die Unterordnung der Wirtschaft unter die Interessen des Staats eintritt. Er unterhält freundschaftliche Beziehungen zu Rex Tillerson, der bis zu seiner Ernennung zum US-Außenminister »ExxonMobil« leitete. Setschins Rosneft-Aktien, seine Yacht und sein Villengrundstück sind jeweils rund 100 Millionen US-Dollar wert. Als sein Hobby gilt die Jagd.

(Quellen: https://lenta.ru/lib/14160890/full.htm und weitere Meldungen).

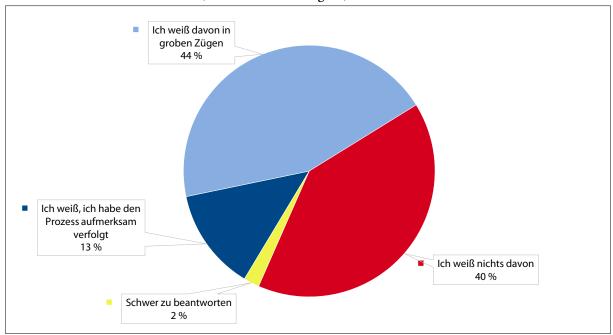
Wladimir Jewtuschenkow: Ein Geschäftsmann mit breiten Interessen

Der 1948 geborene Jewtuschenkow arbeitete nach Studienabschlüssen in Chemietechnik sowie Ökonomie zunächst als Chefingenieur in einem Kunststoffwerk bei Moskau, dann bis 1987 im Ministerium für chemische Industrie, wo er Jurij Luschkow (den späteren Bürgermeister Moskaus) kennenlernte. Dieser setzte ihn 2003 als Leiter des Moskauer Städtischen Komitees für Wissenschaft und Technik ein. Im selben Jahr gründete Jewtuschenkow zusammen mit Freunden die Aktionärs-Finanz-Korporation (AFK) »Sistema«, deren Hauptaktionär er seither ist. »Sistema« ist Russlands größte Beteiligungsgesellschaft, die Anteile an Unternehmen der Telekommunikation (MTS, »Comstar UTS«, »Svyazinvest«), Hochtechnologie (»Sitronics«), Immobilien, Banken, Einzelhandel (»Detsky Mir«), Medien (Pay TV), Tourismus (»Intourist«), Pharmazie und anderen besitzt. Jewtuschenkow engagierte sich Ende der 1990er Jahre für den von Luschkow und Vertretern der Regionen gegründeten Wahlblock »Vaterland – Ganz Russland«. Er fördert soziale Projekte und ist Mitglied von Regierungskommissionen für Unternehmertum, Innovationspolitik und Hochtechnologie. Jewtuschenkow ist mehrfacher Dollarmilliardär. Er ist mit der Schwester der Ehefrau Luschkows, Jelena Baturina, verheiratet. Sein Hobby ist Tennisspielen.

 $(Quellen: <\!\!\underline{\text{https://lenta.ru/lib/14181098/}}\!\!> und\ weitere\ Meldungen).$

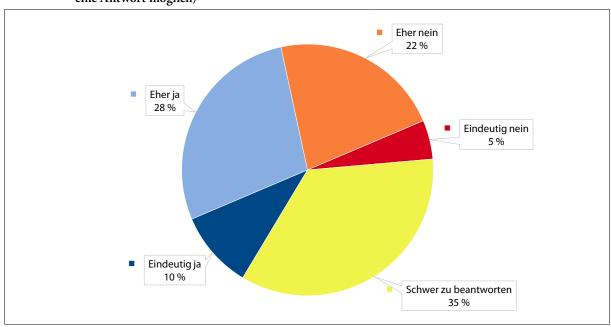
Die Verurteilung Aleksej Uljukajews

Grafik 1: Wissen Svie, dass Wirtschaftsminister Aleksej Uljukajew wegen Bestechlichkeit zu 8 Jahren Strafkolonie verurteilt wurde? (nur eine Antwort möglich)



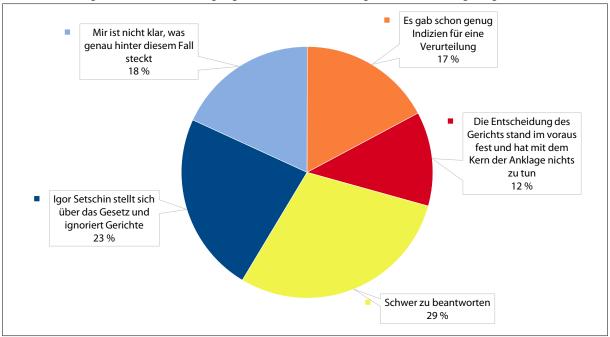
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–23. Januar 2018, https://www.levada.ru/2018/01/30/prigovor-alekseyu-ulyukaevu/, veröffentlicht am 30. Januar 2018.

Grafik 2: Was meinen Sie, ist auf das Gericht durch Regierungsbehörden Druck in Richtung eines Schuldspruchs ausgeübt worden? (Prozentanteil all jener Respondenten, die von dem Prozess wussten, nur eine Antwort möglich)



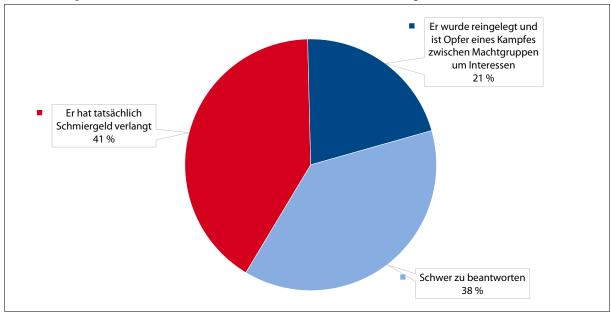
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–23. Januar 2018, https://www.levada.ru/2018/01/30/prigovor-alekseyu-ulyukaevu/, veröffentlicht am 30. Januar 2018.

Grafik 3: Was meinen Sie, warum ist der Hauptzeuge des Verfahren, Igor Setschin, nicht vor Gericht erschienen? (Prozentanteil all jener Respondenten, die von dem Prozess wussten, ihnen wurde ein Blatt mit möglichen Antworten vorgelegt, nur eine Antwort möglich, Werte absteigend geordnet)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–23. Januar 2018, https://www.levada.ru/2018/01/30/prigovor-alekseyu-ulyukaevu/, veröffentlicht am 30. Januar 2018.

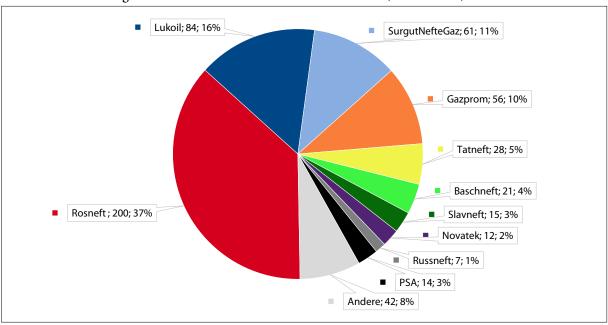
Grafik 4: Was meinen Sie, hat Aleksej Uljukajew tatsächlich Schmiergeld verlangt, oder wurde er reingelegt und ist Opfer eines Kampfes zwischen verschiedenen Machtgruppen? (Prozentanteil all jener Respondenten, die von dem Prozess wussten, nur eine Antwort möglich)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–23. Januar 2018, https://www.levada.ru/2018/01/30/prigovor-alekseyu-ulyukaevu/, veröffentlicht am 30. Januar 2018.

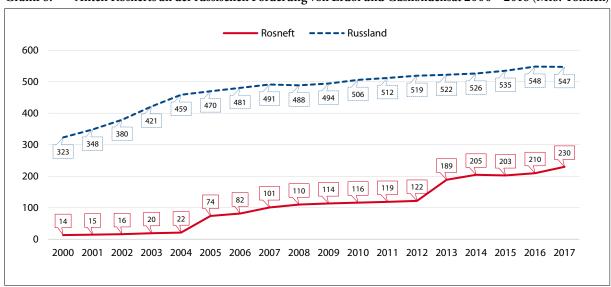
Förderung von Erdöl und Gaskondensat in Russland 2000 – 2016

Grafik 5: Förderung von Erdöl und Gaskondensat in Russland 2016 (Mio. Tonnen)



Quelle: EIA, Country Analysis Brief Russia, https://www.eia.gov/>.

Grafik 6: Anteil Rosnefts an der russischen Förderung von Erdöl und Gaskondensat 2000 – 2016 (Mio. Tonnen)



Anmerkungen: 2017 vorläufige Werte. Rosneft ab 2015 einschließlich unkonventioneller Vorkommen und ab Oktober 2016 einschließlich Baschneft.

Quellen: Burenije i neft 3/2010, S. 6, https://www.rosneft.ru/Investors/statements_and_presentations/annual_reports/>; Rosstat, https://www.gks.ru/free_doc/new_site/business/prom/natura/god10.htm>.

Der Mineralölkonzern »Rosneft«

Kommerzieller Erfolg und Einsatz politischer Machtmittel

Von Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Rosneft ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktienmehrheit sich in staatlicher Hand befindet, und einer der größten Akteure auf dem russischen Energiemarkt. Gegründet 1992 als staatliche Ölgesellschaft im Rahmen der Privatisierungspolitik war »Rosneft« ursprünglich nicht mehr als eine Art »Auffangbecken« für jene Teile der sowjetischen Ölindustrie, die nicht von den privaten Energiekonzernen übernommen wurden. Nach 1998 wurde der Konzern jedoch reorganisiert und vergrößerte sich in den folgenden Jahren durch die Übernahme russischer Konkurrenzunternehmen wie »Jukos«, TNK/BP oder »Baschneft«, bis er neben »Lukoil « der größte russische Ölkonzern war. Betrachtet man die Entwicklung des Mineralölkonzerns Rosneft, dann erscheint er als ein Hybrid aus politischem Apparat und Wirtschaftsunternehmen. Einerseits agiert er auf dem Weltenergiemarkt kommerziell und verbindet sich mit transnationalen Großkonzernen. Andererseits beruht sein Erfolg im Inland auf der engen Zusammenarbeit mit den Herrschaftsstrukturen.

Ein Mineralölkonzern in Russland

Russlands Wirtschaft profitiert in hohem Maße von Energieexporten. Im Jahre 2017 war Russland nach Angaben der Firma "Trading Economics« das Land mit der höchsten Erdölförderung weltweit – noch vor Saudi-Arabien und den USA. Es kann daher nicht überraschen, dass die Öl- und Gasindustrie in der russischen Volkswirtschaft eine beherrschende Rolle spielt. Auf der Liste der 500 größten russischen Unternehmen rangieren 2017 drei Öl- und Gasunternehmen unter den ersten fünf: "Gazprom«, "Lukoil« und "Rosneft« (siehe Tabelle 1 und Grafik 1 auf S. 13/14).

Insgesamt zählte der Medienkonzern RBK unter den 500 größten russische Unternehmen 53 Öl- und Gasunternehmen. Die Aktiengesellschaft »Ölkompanie 'Rosneft' «nahm im Ranking die dritte Stelle ein und lag im Einnahmenbereich dicht hinter dem privatwirtschaftlich geführten Ölkonzern Lukojl. »Surgutneftegaz«, das nächstgrößere Mineralölunternehmen und an 9. Stelle im RBK-Ranking, war schon deutlich kleiner. Es kam nur auf ein Viertel der Einnahmen von Rosneft. Lukoil und Rosneft sind also führend bei der Förderung, Weiterverarbeitung und dem Export von Öl, während Gazprom das Gasgeschäft dominiert.

Das Unternehmen Rosneft

Rosneft ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktienmehrheit sich in staatlicher Hand befindet. Der Konzern definiert es als seine Aufgabe, Lagerstätten fossiler Brennstoffe zu erkunden, Öl, Gas und Gaskondensat zu fördern, Projekte zur Erschließung von Lagerstätten im Festlandssockel umzusetzen, die geförderten Rohstoffe zu verarbeiten sowie Öl, Gas und verarbeitete Produkte in Russland und im Ausland zu vermarkten. Er

wird vom russischen Staat auf der Liste »strategischer Unternehmen« geführt.

Hauptaktionär ist die Aktiengesellschaft »Rosneftegaz«, deren Aktien sich zu 100 Prozent in Staatsbesitz befinden und von der Föderalen Agentur zur Verwaltung des Staatsbesitzes (Rosimuschtschestwo) gehalten werden. In Gestalt von Rosneftegaz verfügt der Staat über ein Kontrollpaket von 50 Prozent des Aktienkapitals plus einer Aktie (siehe Tabelle 2 auf S. 14).

Der Konzern gliedert die zugehörigen Betriebe und Projekte nach der Funktion im Produktionsprozess: Exploration, Förderung, Verarbeitung, Absatz und Service. Der größte unter den Förderbetrieben ist »RN-Juganskneftegas«. Nach Angaben von Rosneft ist RN-Juganskneftegas für 12 Prozent der gesamten russischen Ölförderung verantwortlich. Der russische Wikipedia-Eintrag behauptet, dass im Jahre 2017 die Produktion des Tochterunternehmens 57 Prozent der Ölförderung von Rosneft ausmachte. Ende 2015 hatte der gesamte Konzern 261.500 Mitarbeiter.

Geleitet wird der Konzern seit Anfang 2018 von einem Vorstand (*Prawlenije*), dem elf Personen angehören. Vorstandsvorsitzender ist Igor Setschin. Der Aufsichtsrat (»Direktorenrat« – *Sowjet direktorow*) besteht ebenfalls aus elf Personen. An seiner Spitze steht der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, sein Stellvertreter ist Setschin. Dem Aufsichtsrat gehören ferner Andrej Beloussow an, seines Zeichens Berater des Präsidenten mit dem Arbeitsbereich Wirtschaft und Industrie, Aleksandr Nowak, der russische Minister für Energiewirtschaft, Robert (»Bob«) Dudley, der Vorstandsvorsitzende von BP, Donald Humphreys, bis 2013 Vizepräsident von »ExxonMobil« sowie weitere namhafte Vertreter der Energiewirtschaft aus Brasilien, Katar und den USA. In dieser Zusammensetzung spie-

gelt der Aufsichtsrat die Bindung von Rosneft an den russischen Staat und seine Ambitionen als internationaler Energieakteur wider.

Rosneft vor 2004: Vom Ministerium zur Aktiengesellschaft

Gegründet 1992 als staatliche Ölgesellschaft im Rahmen der Jelzinschen Privatisierungspolitik, war Rosneft ursprünglich nicht mehr als eine Art »Auffangbecken« für jene Teile der sowjetischen Ölindustrie, die nicht von den in dieser Phase gegründeten privaten Energiekonzernen Lukoil, Jukos und Surgutneftegas übernommen worden waren. In den folgenden Jahren bedienten sich weitere neugegründete Ölkonzerne wie »Sidanko«, »Onako«, VNK und »Sibneft« aus der bei Rosneft »geparkten« Restmasse. Rosneft selbst war in dieser Phase schlecht organisiert und es gelang dem Mutterkonzern auch nicht, seine Tochtergesellschaften zu kontrollieren. Ende der 1990er Jahre stand Rosneft in der Rangliste der russischen Ölkonzerne an achter Stelle und verfügte, was Förderung und Reserven anging, gerade mal über 5 Prozent der russischen Kapazitäten.

Wie die anderen Großunternehmen litt Rosneft unter der Finanzkrise von 1998. Diese allerdings markierte auch eine Wende. Direkt nach der Krise, am 14. Oktober 1998 übernahm Sergej Bogdantschikow das Amt des Konzernpräsidenten und damit die Unternehmensleitung. Er war ein Fachmann mit großer Erfahrung und seit Anfang der 1980er Jahre in der sowjetischen Ölindustrie und dem Apparat der KPdSU tätig. In den 1990er Jahren hatte er Tochterunternehmen von Rosneft geführt und war 1997 zum Vizepräsidenten des Konzerns aufgestiegen. Ihm gelang es, die Situation bei Rosneft zu stabilisieren, die Tochterunternehmen unter Kontrolle zu bringen, Minderheitsaktionäre zu verdrängen und den Bestand des Konzerns zu sichern. Seine Position wurde 2004 weiter gestärkt, als Igor Setschin, die graue Eminenz der Putin-Administration, der dem Vernehmen nach auch lange Jahre in Verbindung mit dem sowjetischen Geheimdienst stand, den Vorsitz des Aufsichtsrates von Rosneft übernahm.

Rosneft und Jukos

Im Jahre 2005 stieß Rosneft in die Spitzengruppe der russischen Ölkonzerne vor. Innerhalb eines Jahres konnte der Konzern seine Rohölförderung nahezu vervierfachen. Geschuldet war dieser Zuwachs der Übernahme des Förderbetriebes Juganskneftegas, das seitdem über die Hälfte der Erdölförderung des Konzerns erbringt (siehe Tabelle 3 auf S. 15).

Juganskneftegas hatte bis 2003 zum Jukos-Konzern gehört und war dessen wichtigster Förderbetrieb gewesen. Doch Jukos wurde 2003 durch Steuernachforderun-

gen, die rasch in ein Konkursverfahren mündeten, in die Insolvenz getrieben. Der Hauptanteilseigner, Michail Chodorkowskij, wurde verhaftet und in zwei zweifelhaften Verfahren zu langjähriger Lagerhaft verurteilt. Um die Steuerschulden zu befriedigen, leitete das Justizministerium Ende 2004 den Verkauf von Juganskneftegas ein. Man setzte den Preis mit 8,65 Mrd. US-Dollar an, obwohl internationale Investmentbanken den Wert des Unternehmens auf 13 – 20 Mrd. US-Dollar schätzten. Dem Vernehmen nach hatte Gazprom geplant, Juganskneftegas zu erwerben und sich damit auch im Ölgeschäft zu etablieren. Nachdem die Jukos-Affäre international großes Aufsehen erregte und im Westen der öffentliche und juristische Druck auf mögliche Geldgeber für die Übernahme hoch war, entschied sich der Gaskonzern anders und bot bei der Auktion lediglich einen Mindestbetrag. Ein unbekanntes Unternehmen, die Baikalfinansgrup, die zwei Wochen vorher registriert worden war, bot dagegen 9,35 Mrd. US-Dollar und erhielt dafür am 19.12.2004 den Zuschlag. Drei Tage später, am 22.12.2004 wurde die Bajkalfinansgrupp von Rosneft aufgekauft, womit der Konzern in Besitz des wichtigsten Vermögenswertes von Jukos gelangte und zwar für eine Geldsumme, die deutlich unter dem Marktpreis lag. Allerdings hatte Rosneft zunächst Probleme, den Kaufpreis aufzubringen und geriet in eine finanzielle Schieflage, aus der sich der Konzern erst 2006 durch einen erfolgreichen Börsengang in London befreien konnte.

Rosneft hatte mit dem Erwerb der wichtigsten Vermögenswerte von Jukos seine Position auf dem russischen und internationalen Ölmarkt gestärkt. Doch dies war nicht das Ergebnis der Erschließung neuer Fördergebiete oder des Ausbaus der Förderkapazitäten. Rosneft profitierte davon, dass die russischen Sicherheitsorgane einen Konkurrenten ausschalteten, und das Justizministerium die Auktionsfarce mittrug, mit der sich Rosneft die Vermögenswerte zu einem Niedrigpreis aneignete.

Der Ausbau des Konzerns seit 2004

2004 begann für den Konzern »eine neue Etappe«, wie Rosneft auf seiner Website mitteilt . Man straffte das Management, integrierte die von Jukos übernommenen Unternehmen, führte erfolgreich den Börsengang durch und weitete seine Aktivitäten im Inland und im Ausland aus. Schließlich engagierte der Konzern sich im Gasgeschäft. Die Ölpreiskrise 2008 führte zwar zu zeitweiligen Gewinneinbußen, doch erholte Rosneft sich rasch.

International suchte Rosneft zunächst die Zusammenarbeit mit dem britischen Mineralölkonzern BP. Im Jahre 2011 vereinbarte man einen Aktienaustausch und die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung von Förderfeldern in der Kara-See (Arktis). Dieses Vorhaben scheiterte am Widerstand

der innerrussischen Konkurrenz. Das Aktionärskonsortium AAR, Anteilseigner des Konzerns TNK/BP, legte vor dem Stockholmer Schiedsgericht erfolgreich Einspruch ein. Rosneft orientierte sich daher um und schloss am 30. August 2011 ein Abkommen mit Exxon-Mobil über eine Zusammenarbeit bei der Erschließung des arktischen Festlandsockels und von Ölvorkommen im Schwarzen Meer. Im Gegenzug eröffnet ExxonMobil Rosneft die Möglichkeit von Minderheitenbeteiligungen bei Projekten im Golf von Mexiko.

Der Konflikt mit TNK/BP war damit aber nicht beigelegt. Bei diesem Unternehmen handelte es sich um ein 2003 gegründetes Gemeinschaftsunternehmen, an dem die britische BP und das russische Investorenkonsortium AAR jeweils 50 Prozent hielten. Die russische Seite, die »Tjumenskaja Neftjanaja Kompanija« (TNK) war 1995 aus Rosneft herausgelöst und bei den Pfandauktionen 1997 von der »Alfa Grupp« (Michail Fridman und Pjotr Awen) erworben worden. Die Holding sanierte den Ölkonzern mit Erfolg und erweiterte den Kreis der Aktionäre, indem sie »Access Industries« (Leonard Blavatnik) und »Renova« (Viktor Wekselberg und German Chan) mit einbezog. Diese drei Gruppen bildeten das Aktionärskonsortium AAR. Durch den Aufkauf der Ölfirma »Sidanko«, an der auch BP beteiligt war, kam TNK mit dem britischen Ölkonzern in Kontakt. Nach einer Phase von Reibungen gründeten BP und AAR im Jahr 2003 mit Unterstützung durch die russische politische Führung um Präsident Putin schließlich das Gemeinschaftsunternehmen TNK/BP, dem beide Seiten alle ihre Aktiva in Russland und der Ukraine übergaben.

Allerdings war die Partnerschaft zwischen AAR und BP voller Konflikte und AAR versuchte bald, BP aus dem Unternehmen zu drängen. In Reaktion darauf suchte BP eine Partnerschaft mit Rosneft und plante mit ihm ein gemeinsames Projekt in der Arktis, ein Vorhaben, das auf Antrag von AAR vom Stockholmer Schiedsgericht untersagt wurde, da es die Verträge zwischen BP und AAR verletzte. Es folgte ein internes Tauziehen zwischen drei Parteien Rosneft, AAR und BP, in dem Rosneft sich durchsetzte. Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass Rosneft auch TNK/BP übernahm. Das Aktionärskonsortium AAR verkaufte seine Anteile für 27,3 Mrd. US-Dollar an Rosneft, und BP gab seine Ansprüche gegen Zahlung von 16,65 Mrd. US-Dollar und 12,84 Prozent der Rosneft-Aktien auf.

Rosneft hatte damit einen weiteren Wettbewerber in Russland eliminiert und sich zugleich international besser aufgestellt. Im Jahr 2012 erweiterte der Konzern seinen Tätigkeitsbereich, indem er mit dem privaten Erdgasunternehmen »Itera« einen gemeinsamen Betrieb zur Erschließung und Ausbeutung von Erd-

gasvorkommen gründete. Nach und nach erwarb Rosneft »Itera«-Aktien und übernahm die Firma dann im Mai 2013 ganz. Damit war Rosneft auch im Gasgeschäft präsent.

Unternehmensausbau, Übernahme von Konkurrenten, Ausweitung der Geschäftsfelder und Internationalisierung waren in diesen Jahren die Grundzüge der Konzernstrategie. Kompetentes Management, stabiler Rückhalt in der politischen Führung und gute Verbindung zu den Sicherheitsorganen erlaubten es der Konzernführung, an deren Spitze Igor Setschin 2010 Sergej Bogdantschikow abgelöst hatte, ihren Kurs durchzusetzen.

Das Jahr 2014: Sanktionen und Ölpreiskrise

Durch die Entwicklungen des Jahres 2014 geriet Rosneft allerdings wieder unter erheblichen Druck. Nach dem russischen Militäreinsatz auf der Krim und der Übernahme der Halbinsel in den Bestand der Russländischen Föderation verhängte die US-Administration Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen in Russland sowie in der Ukraine. Setschin und Rosneft fanden sich bereits im März 2014 auf den Sanktionslisten wieder. Damit wurden Transaktionen des Konzerns und seines Vorstandsvorsitzenden mit US-Bürgern und Unternehmen in den USA eingeschränkt. Die EU-Kommission folgte dem im Juli und Dezember 2014 mit Erlassen, die die Geschäftsbeziehungen mit der russischen Ölindustrie erheblich beschränkten. Diese Maßnahmen beschnitten die Möglichkeiten von Rosneft, sich Kapital im Ausland zu verschaffen, da mögliche Geldgeber sich Strafmaßnahmen der EU und der USA aussetzten.

Rosneft litt auch deshalb unter diesen Maßnahmen, weil die Erdölpreise in der zweiten Jahreshälfte 2014 deutlich zurückgingen – von 100 Euro/Barrel Anfang September 2014 auf 45 Euro/Barrel Mitte Januar 2015. Für das Unternehmen bedeutete das massive Einbußen. Während die Förderung auf gleichem Niveau blieb, sank der Ertrag – in US-Dollar gerechnet – zwischen 2014 und 2015 um 40 Prozent, der Reingewinn um 34 Prozent. Der Kursverfall des Rubels gegenüber dem Dollar schönte die Rubelbilanz, doch das änderte nichts daran, dass die Einnahmen aus dem internationalen Ölgeschäft eingebrochen waren (siehe Tabelle 4 auf S. 16).

In dieser Situation wandte sich Rosneft, wie die Zeitung »Wedomosti« am 14.8.2014 meldete, an die Regierung und bat um eine Finanzhilfe in Höhe von 1.500 Mrd. Rubel [rund 27,81 Mrd. Euro zum damaligen Umrechnungskurs] aus dem staatlichen Wohlstandsfond. Igor Setschin, der Vorstandsvorsitzende von Rosneft, spielte die Bitte um solche Regierungsanleihen in einem Spiegel-Interview herunter und stritt einen

Zusammenhang mit den Sanktionen ab. Ministerpräsident Medwedew unterstützte eine mögliche Anleihe des Konzerns. Auch das Energieministerium befürwortete das Ansuchen von Rosneft, das sich in Wirklichkeit sogar auf 2.000 Mrd. Rubel belief, wie Finanzminister Siluanow offenbarte. Das Wirtschaftsministerium indessen bewertete das Ansinnen skeptisch. Minister Uljukajew erklärte im Oktober 2014, dass der Antrag abgelehnt werden müsse, da er nicht den Regularien des Wohlstandsfonds entspreche:

»Wir finanzieren keine Unternehmen oder deren Investitionsprojekte. Wir finanzieren einzelne Projekte, vor allem im Bereich der Infrastruktur. Wenn ein Unternehmen so ein Projekt vorstellt, dann prüfen wir es. Bisher haben wir so ein Projekt nicht gesehen.«

Zudem übertreffe die Antragssumme die Obergrenze für eine Kreditvergabe aus dem Wohlstandsfonds bei weitem. Die Regularien sähen vor, dass nicht mehr als 60 Prozent der Rücklagen für Kreditvergabe eingesetzt werden sollen und nicht mehr als 40 Prozent für einen einzelnen Antrag. Bei einer Rücklage in Höhe von 3.270 Mrd. Rubel [rund 60,6 Mrd. Euro zum damaligen Umrechnungskurs] würde die Obergrenze daher insgesamt bei 1.900 Mrd. Rubel liegen, und für einen einzelnen Antragsteller bei 1.300 Mrd. Rubel.

Präsident Putin lavierte im November 2014 noch, ließ aber durchblicken, dass mögliche Kredite an Rosneft voraussichtlich unterhalb der gewünschten Summe liegen würden:

»Wenn ich der Vorstandsvorsitzende von Rosneft wäre, würde ich auch um Geld bitten. Warum nicht? Wer fragt heute nicht danach? ... Die Regierung – ich kenne ihre Position, weil ich sie mit dem Kabinett und mit Rosneft diskutiert habe – wird eine Entscheidung treffen, ... Das wird eine realistische Bewertung sein und ich schließe nicht aus, dass Rosneft gewisse Mittel bekommen wird. Doch der Umfang solcher Finanzierungen und die Bedingungen erfordern eine gründliche Analyse. Da darf man nichts übereilen.«

Es dauerte bis zum Spätsommer des folgenden Jahres, ehe eine Entscheidung gefällt wurde. Wirtschaftsminister Uljukajew teilte am 23. August 2015 Journalisten am Rande einer Konferenz in Malaysia mit, dass vier der fünf von Rosneft beantragten Projekte abgelehnt worden seien.

Während die Regierung erörterte, ob man dem Ansuchen des Konzerns in der angestrebten Höhe nachkommen solle, unterstützte sie gleichzeitig die Privatisierung von 19,5 Prozent der Rosneft-Aktien – eine Maßnahme, die auch darauf gerichtet war, neues Kapital aufzubringen. Der Verkauf wurde dann in der Tat im Laufe der nächsten beiden Jahre auch bewerkstelligt.

Parallel zu dem Hilfegesuch an den Staat führte Rosneft seine Geschäfte weiter. Die Zusammenarbeit mit ExxonMobil für Erschließung eines Förderfeldes im arktischen Festungssockel ging voran, Lieferbeziehungen nach China wurden ausgebaut. Zugleich versuchte Rosneft den Mineralölkonzern Baschneft zu übernehmen. Rosneft konnte sich dabei gegen den Minderheitseigner Jewtuschenkow durchsetzen (nicht ohne Rückgriff auf »administrative Ressourcen«) und die Übernahme im Oktober 2016 erfolgreich vollziehen (siehe dazu den Beitrag von Roland Götz in dieser Ausgabe).

Staat und Konzern

Betrachtet man die Entwicklung des Mineralölkonzern Rosneft, dann erscheint er als ein Hybrid aus politischem Apparat und Wirtschaftsunternehmen. Einerseits agiert er auf dem Weltenergiemarkt kommerziell und verbindet sich mit transnationalen Großkonzernen. Andererseits beruht sein Erfolg im Inland auf der engen Zusammenarbeit mit den Herrschaftsstrukturen.

Sowohl im Falle Juganskneftegas, wie in den Fällen TNK/BP oder Baschneft nutzte die Rosneft-Führung politische Rückendeckung und das Vorgehen der Justiz- und Sicherheitsorgane, um russische Wettbewerber zu übernehmen und sich auf diese Weise zu vergrößern. Symptomatisch ist auch die Verwicklung der Konzernspitze in den Sturz und die Verurteilung von Wirtschaftsminister Uljukajew. Dass der Vorstandsvorsitzende eines großen Konzerns den agent provocateur spielt, um einen Minister zu stürzen, ist eine bizarre Vorstellung. Dass sich diese Maßnahmen gegen einen Minister richtet, der eine Staatshilfe für das Unternehmen öffentlich abgelehnt hat, gibt der Affäre reichlich Beigeschmack.

In jedem Falle ist Rosneft ein wichtiger Akteur in der russischen Wirtschaft und in der russischen Politik, ein Akteur, der nicht umgangen werden kann. Der Konzern verfolgt einerseits kommerzielle Interessen, andereseits betreibt er anscheinend auch eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, »strategische« Ressourcen unter staatliche Aufsicht zu bringen. Er greift so in die Kräfteverhältnisse zwischen den Elitengruppen ein und betreibt somit auch eine politische Neuordnung. Dabei sichert er auch die Vormachtstellung derjenigen Elitengruppen, die gegen eine Modernisierung des Landes und eine Öffnung der Gesellschaft stehen.

Informationen über den Autor und Lesetipps zum Beitrag finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er war bis April 2017 der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

- Fortescue, Stephen: Russia's Oil Barons and Metal Magnates. Oligarchs and the State in Transition, Houndsmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2006.
- Poussenkova, Nina: Lord of the Rigs. Rosneft as a Mirror of Russia's Evolution. Prepared in Conjunction with an Energy Study Sponsored By Japan Petroleum Energy Center and the James A. Baker III Institute for Public Policy Rice University, March 2007, 95 S. https://carnegieendowment.org/files/Rosneft_Nina.pdf, 30. Januar 2018>.
- Grätz, Jonas: »Russland« als globaler Wirtschaftsakteur. Handlungsressourcen und Strategien der Öl- und Gaskonzerne, München: Oldenbourg 2013 [= Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (03) der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main]).
- Baev, Pavel: Rosneft, Gazprom and the Government: the Decision-Making Triangle on Russia's Energy Policy, March 2014 [= Russie.Nei.Visions, No. 75]; https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/ifrirnv75pbaevenergyengmarch2014.pdf, 1. Februar 2018>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

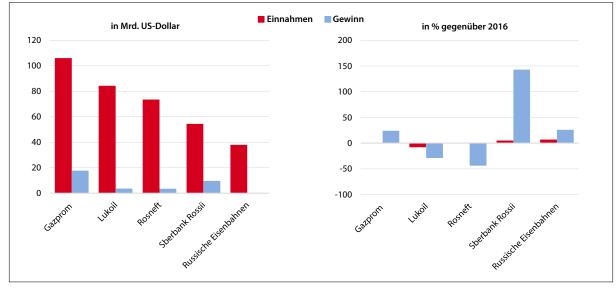
Statistiken zu Rosneft

Tabelle 1: RBK 500 Rating russischer Unternehmen 2017 (Positionen 1 − 5)

| Rang | Unternehmen | Branche | Einnahmen | | | Gewinn | | |
|------|--------------------------|---------------|-----------|--------------------|---------------------------|----------|--------------------|---------------------------|
| | | | Mrd. Rbl | Mrd. US-Dollar* | in % gegenüber 2016 | Mrd. Rbl | Mrd. US-Dollar* | in % gegenüber 2016 |
| 1. | Gazprom | Öl und Gas | 5.966 | 105,96 | 0 | 997 | 17,71 | 24 |
| 2. | Lukoil | Öl und Gas | 4.744 | 84,25 | -8 | 208 | 3,69 | -29 |
| 3. | Rosneft | Öl und Gas | 4.134 | 73,42 | 0 | 201 | 3,57 | -44 |
| 4. | Sberbank Rossii | Finanzen | 3.059 | 54,33 | 5 | 542 | 9,63 | 143 |
| 5. | Russische Eisenbahnen | Verkehr | 2.133 | 37,88 | 7 | 10 | 0,18 | 26 |

^{*} Kurs vom 1. Februar 2018

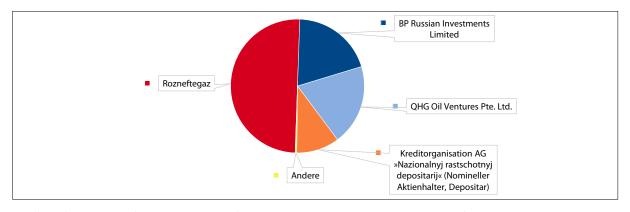
Quelle: https://www.rbc.ru/rbc500/, 28. Januar 2018>.



Grafik 7: RBK 500 Rating russischer Unternehmen 2017 (Positionen 1 – 5)

Tabelle 2: Struktur des Aktienkapitals (Zusammensetzung der Aktionäre von Rosneft am 1. Januar 2018)

| Aktionäre | Zahl der Aktien | Anteil am Firmenkapital (in %) |
|---|-----------------|--------------------------------------|
| Rozneftegaz | 5.299.088.910 | 50,00000001 |
| BP Russian Investments Limited | 2.092.900.097 | 19,74773525 |
| QHG Oil Ventures Pte. Ltd. | 2.066.727.473 | 19,50078125 |
| Kreditorganisation AG »Nazionalnyj rastschotnyj depositarij« (Nomineller Aktienhalter, Depositar) | 1.099.838.162 | 10,37761567 |
| Andere juristische Personen | 1.438.588 | 0,01357392 |
| Der russische Staat in Gestalt von Rosimuschtschestwo | 1 | 0,00000001 |
| Natürliche Personen | 38.072.053 | 0,35923206 |
| Auf Rechnung nicht benannter Personen | 112.533 | 0,00106181 |
| Zusammen | 10.598.177.817 | 100,00000000 |

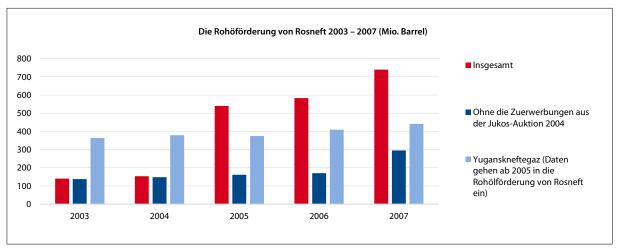


 $\label{lem:quelle:website} \textit{Quelle: Website von Rosneft} < \underline{\text{https://www.rosneft.ru/Investors/structure/share_capital/}}, \textit{Zugriff: 26. Januar 2018}.$

^{*} Kurs vom 1. Februar 2018; die der Grafik zugrundeliegenden Zahlen sind in der Tabelle 1 auf S. 13. Quelle: https://www.rbc.ru/rbc500/, 28. Januar 2018>.

Tabelle 3: Die Entwicklung der Rohölförderung von Rosneft 2003 – 2007

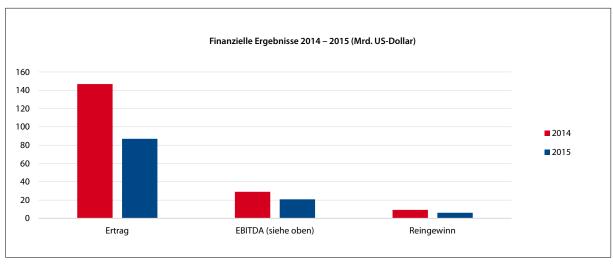
| | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2005 | 2006 | 2007 | |
|---|-------------|----------|--------|---------|---------|------------|--------|--------|--|
| | Mio. Barrel | | | | | In Prozent | | | |
| Rohölförderung | | | | | | | | | |
| Insgesamt | 140,4 | 153,1 | 540,38 | 582,7 | 740,0 | 100,0% | 100,0% | 100,0% | |
| Ohne die Zuerwerbungen aus der Jukos-Auktion 2004 | 137,6 | 148,3 | 161,1 | 170,4 | 294,9 | - | - | - | |
| Wachstum 2003 – 2007 | | | | | | | | | |
| 2003 = 100 % | 100,0% | 109,1 % | 385,0% | 415,1 % | 527,2 % | - | - | - | |
| Rohölförderung aufgegliedert nach | Tochterunt | ernehmen | | | | | | | |
| Dagneft | 2,5 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 1,8 | 0,4% | 0,4% | 0,2% | |
| Dagneftegaz | 0,0 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,3 | 0,1 % | 0,1 % | 0,0% | |
| Grozneftegaz | 13,0 | 14,4 | 16,1 | 15,5 | 15,6 | 3,0 % | 2,7% | 2,1 % | |
| Krasnodarneftegaz | 12,4 | 11,4 | 10,8 | 11,7 | 11,4 | 2,0% | 2,0% | 1,5% | |
| Polar Lights – Poljarnoje Sijanije | 2,8 | 4,9 | 4,7 | 4,4 | 4,3 | 0,9 % | 0,8% | 0,6% | |
| Purneftegaz (inkl. Komsomolskneft und Selkupneftegaz) | 73,5 | 74,2 | 74,7 | 71,9 | 67,2 | 13,8% | 12,3% | 9,1 % | |
| Sachalin-1 | - | - | 0,6 | 3,8 | 16,4 | 0,1 % | 0,7 % | 2,2% | |
| Sakhalinmorneftegaz | 12,1 | 13,4 | 13,7 | 13,9 | 12,9 | 2,5% | 2,4% | 1,7 % | |
| Samaraneftegaz | - | - | - | - | 43,9 | 0,0% | 0,0% | 5,9% | |
| Severnaya Neft | 16,6 | 24,9 | 35,7 | 41,0 | 41,1 | 6,6% | 7,0 % | 5,6% | |
| Stavropolneftegaz | 7,5 | 7,3 | 7,2 | 8,2 | 7,8 | 1,3 % | 1,4% | 1,1 % | |
| Tomskneft | - | - | - | - | 54,3 | 0,0% | 0,0% | 7,3 % | |
| Udmurtneft | - | - | - | 1,9 | 22,2 | 0,0% | 0,3% | 3,0 % | |
| Vankor | - | - | - | - | - | 0,0% | 0,0% | 0,0% | |
| Verkhnechonskneftegaz | - | - | - | - | - | 0,0% | 0,0% | 0,0% | |
| VSNK | - | - | - | - | 0,1 | 0,0% | 0,0% | 0,0% | |
| Yuganskneftegaz (Daten gehen ab 2005 in die Rohölförderung von Rosneft ein) | 363,8 | 378,9 | 374,6 | 409,6 | 441,8 | 69,3% | 70,3% | 59,7 % | |



Quelle: Rosneft_Analyst_Databook_Q2_2008.xls; die Datei wurde 2012 von der Rosneft-Website heruntergeladen unter der URL: <www.rosneft.ru/attach/0/62/53/Rosneft_Analyst_Databook_Q2_2008.xls>; dort ist die Datei inzwischen nicht mehr auffindbar.

Tabelle 4: Rosneft: Bilanzergebnisse 2014 – 2015

| Makroökonomische Rahmenbedingungen | | | |
|--|----------|----------|---------------------|
| | 2015 | 2014 | Veränderung in % |
| Urals, US-\$/Barrel | 51,4 | 97,6 | -47,3 |
| Urals, 1.000 Rbl/Barrel | 3,1 | 3,8 | -16,3 |
| Mittlerer Umtauschkurs Rbl/US\$ | 61,0 | 38,4 | 58,6 |
| Inflationsrate in Russland (Jahr) | 12,9% | 11,4% | - |
| Förderung und Reserven | | | |
| | 2015 | 2014 | Veränderung in % |
| Nachgewiesene Reserven an fossilen Rohstoffen, Mio. Barrel Öläquivalent | 34.465,0 | 33.977,0 | 1,4 |
| Förderung von fossilen Rohstoffen, 1.000 Barrel Öläquivalent pro Tag | 5.159,0 | 5.106,0 | 1,0 |
| Förderung von Rohöl und Kondensat, 1.000 Barrel pro Tag | 4.116,0 | 4.159,0 | -1,0 |
| Finanzielle Ergebnisse (Mrd. Rbl) | | | |
| | 2015 | 2014 | Veränderung in % |
| Ertrag Mrd. Rbl | 5.150,0 | 5.503,0 | -6,4 |
| EBITDA (Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände), Mrd. Rbl | 1.245,0 | 1.057,0 | 17,8 |
| Reingewinn, Mrd. Rbl | 355,0 | 348,0 | 2,0 |
| Finanzielle Ergebnisse (Mrd. US-Dollar) | | | 1 |
| | 2015 | 2014 | Rückgang in % |
| Ertrag Mrd. US-Dollar | 86,9 | 146,7 | -40,8 |
| EBITDA (Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände), Mrd. US-Dollar | 20,8 | 29,0 | -28,3 |
| Reingewinn, Mrd. US-Dollar | 6,1 | 9,3 | -34,4 |



Korruptionsanklagen mit System? Der Fall Uljukajew und seine Vorbilder

Von Dimitrij Filonow und Anastasija Jakorewa, Republic

Der folgende Beitrag der russischen Journalisten Dimitrij Filonow und Anastasija Jakorewa erschien ursprünglich am 05.12.2016 in der Onlinezeitung Republic und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Republic, Dimitrij Filonow und Anastasija Jakorewa für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekoder.org verbindet zwei Content-Typen, die sich gegenseitig ergänzen: übersetzte Originalbeiträge russischer Medien und Erklärtexte von Wissenschaftlern aus europäischen Universitäten. Beide greifen auf dekoder.org ineinander und stellen so ein Instrument zur Verfügung, um »Russland zu entschlüsseln« und ein direktes Eintauchen in die Debatten des Landes zu ermöglichen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Einleitung von dekoder

Die beiden Journalisten Dimitrij Filonow und Anastasija Jakorewa nahmen den Fall Uljukajew, zum Anlass, um für das liberale Webmagazin Republic nach bewährten Mustern zu suchen, wenn es um das Ausschalten von Amts- und Würdenträgern (rus. Tschinowniki) geht.

Was offiziell als Korruptionsfall behandelt wird, könnte – so wird spekuliert – ein verdeckter Kampf um Posten oder gar eine offene persönliche Rechnung sein. Fest steht: Uljukajew ist nur einer von vielen Staatsbeamten und Politikern, seien es Gouverneure, Bürgermeister oder Berater, die in den vergangenen Jahren von Strafverfolgungsbehörden ins Visier genommen wurden – allerdings ist er der erste Minister, der wegen Korruptionsvorwürfen seinen Posten räumen musste.

Der Fall Uljukajew – und seine Vorbilder

Witalij Teslenko, Gesundheitsminister des Gebietes Tscheljabinsk, saß einfach so mit Freunden in der Banja: bei Wodka, Gurken und Tomaten, Schinkenknackern und dick geschnittenem Schwarzbrot – wobei sie sich durchaus ein erlesenes Bankett hätten leisten können. Die Mitarbeiter des FSB, die die Banja stürmten, fanden dort 12 Millionen Rubel [umgerechnet knapp 200.000 Euro – Anmerkung der Redaktion]: »Provisionen«, die Teslenko erhalten hatte. In der Folge legte man dem Minister den Erhalt von insgesamt 69 Millionen Rubel [umgerechnet rund 1 Million Euro – Anmerkung der Redaktion] Schmiergeldern über einen Zeitraum von wenigen Jahren zur Last und verurteilte ihn zu sieben Jahren Strafkolonie.

Das ist nur eine kleine Episode im Kampf gegen die Korruption in Russland. Der Höhepunkt war die Festnahme des Wirtschaftsministers Alexej Uljukajew, der angeblich mit zwei Millionen US-Dollar aus dem Büro von Rosneft herausspaziert ist. Das war das erste Mal in der Geschichte Russlands, dass ein amtierender Minister verhaftet wurde.

Im April 2016 hat Generalstaatsanwalt Tschaika erklärt, im Jahr zuvor seien gegen 958 Tschinowniki Ermittlungen wegen Korruption aufgenommen worden. Wenn jemand in den Knast gebracht wird, könnte das als glatter Sieg von Polizei und Justiz betrachtet werden, doch ist Korruption in Russland auch schlicht die bequemste Art, einen missliebigen Tschinownik »aus dem Rennen zu nehmen«. In der Wirtschaft ist es immer schlimmer, der Kampf ums Geld wird immer erbitterter.

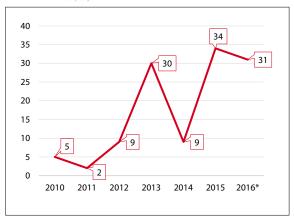
Niemand zählt mit

Nowosibirsk, Wladiwostok, Syktywkar, Birobidshan, Perm, Smolensk. Gouverneure, Bürgermeister, Minister, ihre Stellvertreter – den von Republic zusammengetragenen Daten zufolge werden in Russland im Schnitt monatlich drei hohe Tschinowniki auf Grund von Anti-Korruptions-Paragraphen festgenommen.

Eine offizielle Statistik fehlt, und so hat nun Republic selbst Informationen über Verfahren gegen höhere Tschinowniki gesammelt. Insgesamt wurde seit 2010 in den Medien von rund 120 Festnahmen berichtet: von Bürgermeistern, Gouverneuren, Ministern und deren Stellvertretern (Verfahren gegen Tschinowniki niederen Ranges gelangten nicht in die Stichprobe).

In diesen sechs Jahren fiel der erste Spitzenwert mit 30 Festnahmen auf das Jahr 2013, das Jahr nach den Präsidentschaftswahlen. 2014 ging die Zahl der verhafteten Tschinowniki drastisch zurück. 2015 (in dem 34 hohe Tschinowniki festgenommen wurden) und 2016 (rund 30 Fälle) wurden allerdings die früheren Werte

Grafik 8: Festnahmen von Staatsbeamten 2010 – 2016*



*Stand 11/2016 Quelle: eigene Zählung Republic

wieder erreicht. Um Bestechung geht es nur in einem Drittel der Verfahren: Oft werden die Tschinowniki des Betrugs oder der Überschreitung von Amtsbefugnissen beschuldigt, seltener der Unterschlagung, Veruntreuung oder der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

»Für kriminelles Handeln wird niemand einfach so eingebuchtet, da muss es schon einen politischen Willen geben«, sagt ein auf derartige Fälle spezialisierter Anwalt.

Wie werden die Fälle bearbeitet?

Am 17. März 2014 hat Wladimir Putin zwei Dekrete unterzeichnet: Durch den einen wurde die Krim an Russland angeschlossen, mit dem anderen enthob er Wassilij Jurtschenko, den Gouverneur der Oblast Nowosibirsk, seines Amtes. Er war der erste Gouverneur, den Putin mit der Formulierung »aufgrund von Vertrauensverlust« entließ.

Nach Jurtschenkos Darstellung steht hinter seiner Abberufung eine Aktion ihm nicht wohlgesonnener Leute. Ihnen soll er in die Quere gekommen sein. Jurtschenko stammte aus dem Team des vorherigen Gouverneurs. Nachdem er seinen Posten angetreten hatte, soll Jurtschenko bald seine eigenen Leute auf Schlüsselposten gehievt haben. Aber als einer der wichtigsten Gründe für die Unzufriedenheit im Umkreis von Jurtschenko gilt sein Bestreben, einen örtlichen Tscherkison [Begriff, der häufig als Gattungsname bzw. fast als Synonym für Markt verwendet wird; von »Tscherkisowoer Markt«, der von Anfang der 1990er Jahren bis 2009 in Moskau existierte und vermutlich der größte Markt Osteuropas war – Anm. d. Red] aufzulösen: den großen Kleidermarkt Gusinoborodski, zu dem Waren aus China gelangten und dann in ganz Sibirien vertrieben wurden. Es heißt, schon die Versuche, diesen Markt Anfang der 2000er Jahre zu reformieren, seien

der Grund für die Ermordung der beiden Nowosibirsker Vizebürgermeister Igor Beljakow und Walerij Marjassow gewesen.

Gegen Jurtschenko wurde (wegen des Verkaufs eines Grundstücks in Nowosibirsk zu Niedrigpreisen) bereits im Sommer 2013 ein Strafverfahren eingeleitet – das derzeit bei Gericht verhandelt wird. Im Juli 2016 wurde gegen Jurtschenkos Frau Natalja ein Verfahren eingeleitet.

Wessen Interessen hat Jurtschenko beeinträchtigt? Der Gesprächspartner von Republic schweigt, dann holt er das Telefon heraus und gibt den Namen eines ehemaligen Tschinowniks aus der Präsidialadministration ein.

Die Entscheidung zur Abberufung eines Gouverneurs oder eines föderalen Ministers kann nur einer treffen: der Präsident. Wie mehrere Gesprächspartner erklären, mit denen Republic sprechen konnte, besteht die Kunst allein darin, ihn zu einem solchen Schritt zu bewegen. Hierzu braucht es Strafverfahren und unwiderlegbare Beweise. »Dossiers mit kompromittierenden Unterlagen gibt es über jeden. Wann diese eingesetzt werden, ist nur eine Frage der Zeit«, erklärt einer der Gesprächspartner von Republic.

Wer ins Visier kommt, der wird abgehört

Der Moment kann dann eintreten, wenn in einem Gebiet, das in die Zuständigkeit eines Bürgermeisters oder Gouverneurs fällt, zu starke Proteststimmungen herrschen oder Wahlen verloren gehen. So hatte zum Beispiel der Föderale Antimonopol-Dienst (FAS) 2015 den Bürgermeister von Wladiwostok Igor Puschkarjow verdächtigt, dessen Verwandte würden an Verträgen mit der Stadt verdienen. Festgenommen wurde Puschkarjow jedoch erst 2016, vor dem Hintergrund des Skandals, als er die Wahlkommissionen umsiedelte: »Nach personellen Veränderungen in den Territorialen Wahlkommissionen von Wladiwostok, die nun nicht mehr der Kontrolle des Bürgermeisters unterstanden, hatte der Bürgermeister zur Strafe ,ein wenig nachgeholfen', so dass die Pachtverträge für die Räumlichkeiten der Kommissionen gekündigt wurden«, sagt Ella Pamfilowa, die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission in einem Interview.

Interesse an einer Abberufung könnte ein Unternehmer oder ein anderer Tschinownik haben, und manchmal treffen sich die Interessen gleich mehrerer Parteien. Lautet das Kommando schließlich, einen Tschinownik zu entfernen, wird er abgehört. Das kann lange dauern. So meinen etwa die Anwälte des ehemaligen Gouverneurs von Sachalin, Alexander Choroschawin, er sei mindestens ein Jahr lang abgehört worden. Der Anwalt des Wladiwostoker Bürgermeisters Igor Puschkarjow gab an, sein Mandant sei über mehrere

Jahre abgehört worden. Wie die Nachrichtenplattform RBK berichtete, war auch Alexej Uljukajew mindestens ein Jahr lang auf dem Radar. Laut der Zeitung Wedomosti betraf das nicht nur den Minister, sondern auch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Arkadij Dworkowitsch und den Assistenten des Präsidenten, Andrej Beloussow.

Abhören ist eine unbedingte Maßnahme bei praktisch jedem dieser Vorgänge. Eine Abhörgenehmigung ist per Gericht zu erwirken, doch das ist reine Routine; eine Verweigerung erfolgt äußerst selten. Dem Richter die unbedingte Notwendigkeit von Gesprächsaufzeichnungen eines Tschinowniks plausibel zu machen, ist einfach: Gleich mehrere Anwälte, in deren Verfahren Abhörunterlagen verwendet werden, berichteten davon, dass in den Anträgen folgender Standardsatz auftaucht: »Es besteht der Verdacht, dass Dienstvollmachten überschritten wurden.« Die Gerichte haben 2015 insgesamt 845.600 Abhörgenehmigungen erteilt. Selbstredend werden nicht nur die Worte des Verdächtigen aufgezeichnet, sondern auch die seiner Gesprächspartner. Das erweitert den Kreis der Leute, deren Gespräche in FSB-Hände gelangen. Und aus ihren Worten können sich neue Strafverfahren ergeben.

Ein ehemaliger Ermittler sagt im Gespräch mit Republic, manchmal sei es möglich, auch ohne Genehmigung des Gerichts abzuhören, was jedoch niemand zugeben würde. Sobald ein Verdächtiger etwas Wertvolles sagt, laufen die Fahnder los, um die Genehmigung einzuholen. »Manchmal streuen sie ein Gerücht und schauen, wie die Abgehörten reagieren. So kann man jemanden bei der Rückgabe von Bestechungsgeldern ertappen, sollte er zu nervös geworden sein«, erklärt ein ehemaliger Ermittler. Beispielsweise wurde 2013 im Restaurant Genazwale auf dem Alten Arbat in Moskau Wjatscheslaw Denissow festgenommen, ein Oberst des Innenministeriums, der wohl einem Geschäftsmann 835.000 Rubel [umgerechnet knapp 12.000 Euro – Anmerkung der Redaktion] zurückgab.

Gleichzeitig wird durch das Abhören ein Kreis von Personen umrissen, von denen man Aussagen über die betreffende Person erhalten kann. So kam es aufgrund von Aussagen des Bürgermeisters von Iwanowo, der der Bestechlichkeit verdächtigt wurde, zu einem Verfahren gegen Dimitrij Kulikow, den Vizegouverneur des Gebiets Iwanowo.

Gegen den ehemaligen Gouverneur von Sachalin Alexander Choroschawin hatte der an Krebs erkrankte und in Untersuchungshaft sitzende Geschäftsmann Nikolaj Kern ausgesagt. Anschließend wurde Kern entlassen und blieb unter Hausarrest; er starb einige Monate später. »Es ist klar, dass er ausgesagt hat, um in Freiheit

zu sterben«, sagt Iwan Mironow, der Anwalt der Familie Choroschawin.

Ein ehemaliger Ermittler erklärt, absolut jedes Strafverfahren bringe das Recht mit sich, Hausdurchsuchungen und andere Ermittlungsmaßnahmen vorzunehmen – und so können auch für andere Strafverfahren Beweise gesammelt werden.

Beim Schach gibt es klare Regeln, hier nicht

Müssen die Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden das Vorgehen gegen einen Tschinownik von oben absegnen lassen? Formal ist der FSB nicht verpflichtet, die Präsidialadministration über die Aufnahme operativer Fahndungsmaßnahmen in Kenntnis zu setzen. Allerdings sagen die Tschinowniki, mit denen Republic gesprochen hat, dass man im Kreml selbstverständlich von allen Fällen wisse. Man ging davon aus, dass die großen Korruptionsfälle früher von Sergej Iwanow als Chef der Präsidialadministration betreut wurden. Allerdings wurde Iwanow im August 2016 abgesetzt. Über Untersuchungen gegen Gouverneure wusste man auch in der Verwaltung Innenpolitik der Präsidialadministration Bescheid, wo Wjatscheslaw Wolodin das Sagen hatte.

Ein standardisiertes Schema, wie man eine Genehmigung für die Untersuchung eines Gouverneurs oder Angehörigen des Sicherheitsapparats erhält, gibt es nicht. Das läuft immer individuell. Es gewinnt derjenige, der einen direkten Zugang zum Präsidenten hat und sein Dossier mit kompromittierenden Materialien auf dessen Schreibtisch weiter oben platzieren kann. Zugang zu Putin haben übrigens nicht nur Tschinowniki der Präsidialadministration, sondern unter anderem auch die Chefs der Staatskorporation Rostech (Sergej Tschemesow) und von Rosneft (Igor Setschin). »Das ist wie beim Schach«, erklärt einer der Gesprächspartner. Beim Schach gebe es allerdings klare Regeln, hier nicht, korrigiert ihn ein anderer.

Dass bei Uljukajews Festnahme der FSB die Hauptrolle spielte, sei Standard, erklären eine Reihe ehemaliger Ermittler gegenüber Republic. Die Erstbearbeitung übernehmen immer die operativen Fahnder von FSB und Innenministerium. Später dann, wenn das Material für ein Strafverfahren gesammelt wird, kommen die Ermittler hinzu. Ein Gesprächspartner erklärt Republic, die Ermittler seien laut Gesetz unabhängig und befugt, den Mitarbeitern des FSB Anweisungen zu geben. Es gebe allerdings Ausnahmen, beispielsweise die Sechser, die 6. Gruppe der internen Sicherheitsabteilung des FSB. Sie wird auch »Spezialeinheit Setschin« genannt, weil die Gruppe auf Initiative Igor Setschins gegründet wurde, als dieser noch Vize-Chef der Präsidialadministration war.

Die interne Sicherheitsabteilung kontrolliert die Mitarbeiter des FSB, und die Sechser kontrollieren die Kontrolleure.

»Sie kommen einfach und sagen dir, was zu tun ist. Das ist der Inbegriff von Macht. Sie sind fast niemandem untergeordnet. Ihr Ding ist die Exklusivität, und Vollstreckung ihr besonderer Fetisch«, sagt einer der Gesprächspartner zu Republic. Wenn die 6. Gruppe dabei ist, geht es seinen Worten zufolge entweder um eine sehr wichtige Person oder um einen sehr großen Auftrag.

Die Sechser stehen hinter fast allen aufsehenerregenden Korruptionsfällen der letzten Zeit: Ihre Mitarbeiter haben sich sowohl Choroschawin und Gaiser vorgenommen, wie auch den Gouverneur des Gebietes Kirow Nikita Belych.

Bei der Festnahme von Uljukajew hatte Oleg Feoktistow, der für Sicherheit zuständige Vizepräsident von Rosneft, den Mitarbeitern der Sondereinheit geholfen. Feoktistow war im September 2016 zu dem Ölkonzern gekommen, als der Vorgang Uljukajew bereits lief und der Minister mindestens seit dem Sommer abgehört wurde.

Zuvor war Feoktistow stellvertretender Leiter der internen Sicherheitsabteilung des FSB gewesen. Er war für Belych zuständig und für den aufsehenerregenden Fall um Denis Sugrobow und Boris Kolesnikow, ihres Zeichens die Leiter der Hauptverwaltung wirtschaftliche Sicherheit und Korruptionsbekämpfung des Innenministeriums. Wie die New York Times schrieb, war Feoktistow als Anwärter für den Leitungsposten gehandelt worden, verlor aber den apparatsinternen Kampf und gelangte zu den abkommandierten Mitarbeitern des FSB.

Was geschieht nach der Festnahme des Verdächtigen? Der Ermittler eröffnet ein Verfahren, und das Gericht entscheidet über eine Inhaftierung.

Die Festnahme selbst ist eine recht langweilige Angelegenheit. Tschinowniki können an ihrem Arbeitsplatz festgenommen werden (wie im Fall Gaiser und Choroschawin), im Restaurant bei einer angeblichen Geldübergabe (wie bei Belych) oder sogar in der Banja (wie im Fall Teslenko). Die Ermittler nehmen dann über mehrere Stunden Protokolle auf, schreiben Aussagen nieder und durchsuchen die Räumlichkeiten.

Es gibt aber auch Ausnahmen. So erfolgte die Festnahme des Bürgermeisters von Machatschkala, Said Amirow, unter Einsatz von Sondereinheiten, Hubschraubern und Militärfahrzeugen, die die Zufahrtswege zum Haus blockierten. Allerdings sticht der Fall Amirow auch in anderer Hinsicht heraus: Den meisten Bürgermeistern und Gouverneuren werden Wirtschaftsstraftaten zur Last gelegt, während Amirow des Mordes und enger Verbindungen zu örtlichen Straftätern verdächtigt wird.

Die Festnahme wird zur Show

Eine Festnahme zur Show zu machen, war bis vor kurzem das Privileg von Wladimir Markin als Pressesprecher des Ermittlungskomitees. »Im Zuge der Durchsuchungen sind 800 wertvolle Juwelier-Erzeugnisse sichergestellt worden. Sehen Sie, dieses scheinbar einfache Schreibgerät. In Wirklichkeit hat der Stift einen Wert von 36 Millionen Rubel [umgerechnet knapp 600.000 Euro – Anmerkung der Redaktion]. Können Sie sich das vorstellen?«, berichtete Markin verzückt in der Fernsehsendung Vesti über die Durchsuchung bei Choroschawin. Mehrere Anwälte beklagten gegenüber Republic, bei Markin würden Informationen über Fundstücke im Fernsehen schon auftauchen, bevor sie im Strafverfahren aufgenommen seien.

Choroschawin gab später in einem Interview zu, dass es einen goldenen Stift mit Brillanten gab, doch habe der rund 1,3 Millionen Rubel [umgerechnet rund 21.000 Euro – Anmerkung der Redaktion] gekostet. »Die werden von der Firma Montblanc in Serie hergestellt. Ich bin nicht der einzige Tschinownik, der so einen hat. Ich habe ihn selbst gekauft. Ich war schon immer wohlhabend«, sagte Choroschawin der Zeitung Moskowski Komsomolez. In den Meldungen über Gaiser kursierte dann statt eines Stifts eine Kollektion teurer Uhren.

Zur Festnahme Uljukajews sind offiziell keine Details nach außen gedrungen. Gesprächspartner von Republic nehmen an, das könne daran liegen, dass Markin zu dem Zeitpunkt schon nicht mehr im Amt gewesen sei.

Treffpunkt Kreml-Zentrale

Die Kreml-Zentrale ist ein gesonderter Block für hochrangige Häftlinge im Moskauer Untersuchungsgefängnis »Matrosenstille«. Die Haftbedingungen sind hier strenger, aber komfortabler. Es gibt Zweierzellen mit Fernseher und Kühlschrank, einige sogar mit Dusche. Allerdings wird es in der Kreml-Zentrale langsam eng vor lauter prominenten Insassen. So sitzt Choroschawin, der ehemalige Gouverneur von Sachalin, in einer Zelle mit dem ehemaligen Bürgermeister von Wladiwostok, Igor Puschkarjow. Ein Gesprächspartner erzählt Republic, Choroschawin habe bei einer der Fahrten ins Gericht mit General Sugrobow in einem Gefangenentransport gesessen.

»Wenn jemand in Untersuchungshaft sitzt, ist es für die Ermittler einfacher, Druck auf ihn auszuüben. Und für Anwälte ist es schwieriger, Kontakt mit dem Mandanten zu halten«, meint Darja Konstantinowa, Anwältin des stellvertretenden Regierungschefs des Gebiets Iwanowo, Dimitrij Kulikow. Ihr Mandant hatte Glück: Kulikow wurde fast umgehend unter Hausarrest gestellt und später gegen Kaution ganz entlassen. Einer der Anwälte meint, so etwas sei in Moskau praktisch unmöglich; man müsse sich darauf einstellen, dass die Entscheidung des Richters zugunsten der Anklage und nicht zugunsten der Mandanten getroffen werde.

Wjatscheslaw Leontjew, Anwalt von Wjatscheslaw Gaiser, berichtet, im Verfahren gegen seinen Mandanten habe der Richter den Haftbeschluss aufgrund eines standardmäßig formulierten FSB-Berichts gefällt: »Angehörige und Vermögen im Ausland sind vorhanden; es besteht Fluchtgefahr und die Möglichkeit, dass auf Zeugen Druck ausgeübt wird; es gibt Verbindungen zur kriminellen Strukturen.«

Leontjew meint (wie auch andere Anwälte, mit denen Republic gesprochen hat), in den Gerichtsverfahren sei keine Parteiengleichheit gegeben. Für eine Haftverlängerung muss der Ermittler die im Bericht genannten Gründe und Fakten bestätigen. Diese Anforderung ist vom Obersten Gericht festgelegt. Praktisch aber verlängere der Richter die Haft lediglich aufgrund der Worte des Ermittlers und ohne, dass dieser irgendwelche Beweise beigebracht hätte, erklärt der Jurist. Ein weiteres Druckmittel ist das Verbot, Angehörige zu sehen. Dem erwähnten Gaiser wird dies bereits seit 14 Monaten verweigert.

»Vielleicht sind die Beschuldigten bei diesen aufsehenerregenden Verfahren gute Menschen, vielleicht aber auch schlechte. Dazu müssen Beweise vorgelegt und es muss fair verhandelt werden«, meint der Anwalt Andrej Griwzow. Die Anwälte schreiben Beschwerden, berichten von Verstößen gegen die Verfahrensvorschriften, gehen vergeblich in Berufung.

»Das Problem bei den aufsehenerregenden Fällen ist, dass sie all das Perverse dieses Systems zu Tage fördern«, sagt Gaisers Anwalt Leontjew. Keiner der großen Prozesse garantiere, dass das System nicht umgehend an gleicher Stelle reproduziert wird. Die Korruptionsbekämpfung in Russland gleicht einem landesweiten Wettkampf um einen Platz an der Sonne, bei dem jeder mit jedem abrechnet.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Hartmut Schröder



19. – 28. Januar 2018

| = | |
|------------|---|
| 15.01.2018 | In Russland beginnt ein Pilotprojekt zur Kennzeichnung von Tabakwaren. Durch die Kennzeichnung erhofft sich die Regierung, den illegalen Handel sowie die illegale Einfuhr und Herstellung von Tabakwaren einzudämmen. |
| 15.01.2018 | Das staatliche Umfrageinstitut WZIOM gibt bekannt, dass laut aktueller Umfragewerte 81,1 Prozent der Befragten bei den Präsidentschaftswahlen im März für den amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, stimmen wollen. Bei einer einen Monat früher vom unabhängigen Lewada-Zentrum durchgeführten Umfrage hatten 61 Prozent der Befragten erklärt, für Putin stimmen zu wollen. |
| 16.01.2018 | Das Moskauer Basmannyj-Gericht verlängert den am 23.08.2017 gegen den Regisseur Kirill Serebrennikow verhängten Hausarrest bis zum 19.04.2018. Serebrennikow wird Betrug in Millionenhöhe vorgeworfen. |
| 16.01.2018 | Der Leiter des Wahlkampfbüros von Alexej Nawalnyj in Chabarowsk, Alexej Worsin, wird wegen wiederholter Werbung für eine noch nicht genehmigte Demonstration zu 15 Tagen Haft verurteilt. Worsin soll bereits im Dezember auf seiner »Facebook«-Seite auf eine geplante, aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht genehmigte, Demonstration in Chabarowsk hingewiesen haben. |
| 16.01.2018 | Der Direktor des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentrum«, Lew Gudkow, gibt bekannt, dass das »Lewada-Zentrum« aufgrund der Registrierung im Verzeichnis »ausländischer Agenten« keine Ergebnisse von Meinungsumfragen im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im März veröffentlichen darf. Das »Lewada-Zentrum« wurde im September 2016 vom Justizministerium als »ausländischer Agent« registriert. Die Folge ist, dass kein vom Staat unabhängiges Meinungsforschungsinstitut Daten zu den Präsidentschaftswahlen veröffentlichen wird. |
| 16.01.2018 | Der Wahlkampfstab des russischen Präsidenten Wladimir Putin teilt mit, dass bis zum heutigen Tag eine Million Unterschriften zur Unterstützung der Kandidatur Putins bei den Präsidentschaftswahlen im März gesammelt wurden. Als parteiloser Kandidat muss Putin der Zentralen Wahlkommission bis zum 31. Januar 300.000 Unterschriften aus mindestens 40 Regionen für die Zulassung zur Wahl einreichen. |
| 16.01.2018 | Der Vorsitzende der von Michail Chodorkowski gegründeten Stiftung »Open Russia«, Alexander Solowjow, und die Geschäftsführerin der Organisation, Polina Nemirowskaja, werden am Flughafen in Rostow am Don festgesetzt und vernommen. Sie waren auf dem Weg zu einem Menschenrechtsseminar im regionalen Hauptquartier von Präsidentschaftskandidatin Xenija Sobtschak. |
| 16.01.2018 | Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj legt Beschwerde beim Verfassungsgericht der Russischen Föderation ein. Die Zentrale Wahlkommission hatte ihn im Dezember wegen einer bestehenden Bewährungsstrafe nicht als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im März 2018 zugelassen. Diese Entscheidung hatte der Oberste Gerichtshof bestätigt. Das Verfassungsgericht soll nun die Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Beschränkungen des passiven Wahlrechts überprüfen. |
| 17.01.2018 | In Nasran (Republik Inguschetien) zerstört am frühen Morgen ein Brand das Büro der Menschenrechtsorganisation »Memorial«. Es gibt keine Verletzten. Videoaufnahmen belegen, dass zwei maskierte Männer in das Gebäude eindrangen und das Feuer legten. |
| 17.01.2018 | BP und der russische Ölkonzern »Rosneft« gründen ein gemeinsames Joint Venture. Ein entsprechender Antrag von BP war im Dezember 2017 beim deutschen Bundeskartellamt eingegangen, das wegen einer früheren Kooperation der beiden Konzerne zuständig ist. BP und »Rosneft« wollen nun gemeinsam die »Rosneft«-Tochter »Charampurneft« betreiben. |
| 18.01.2018 | Das Presnenskij-Gericht in Moskau bestätigt den Verbleib Boris Griz' in Untersuchungshaft bis zum 23.04.2018. Griz wird vorgeworfen, am 23.10.2017 die »Echo-Moskwy«-Journalistin Tatjana Felgengauer im Redaktionsgebäude mit einem Messer angegriffen und ihr schwere Verletzungen zugefügt zu haben. |

| 18.01.2018 | Der Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Sergej Schoigu, trifft in Moskau den türkischen Generalstabschef Hulusi Akar. Beide Seiten loben den konstruktiven Charakter des Gespräches. |
|------------|--|
| 19.01.2018 | Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation weist den Einspruch des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj ab. Dieser hatte am 16.01.2017 in einer Beschwerde die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Beschränkungen des passiven Wahlrechts verlangt. |
| 19.01.2018 | In Grosnyj wird das Büro der Menschenrechtsorganisation »Memorial« durchsucht. Der Leiter des Regionalbüros in Grosnyj, Ojub Titijew, war am 09.01.2017 bei einer Verkehrskontrolle verhaftet worden und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. |
| 19.01.2018 | In seiner Regierungserklärung stellt der russische Premierminister Dmitrij Medwedew einen Gesetzentwurf zur Herstellung und zum Verkauf von Bioprodukten vor. Das Gesetz wird vor allem die Verwendung von Ökosiegeln auf der Verpackung regulieren. Bisher gab es in Russland keine Regelungen für Bioprodukte. |
| 22.01.2018 | In Genf beginnt vor dem Internationalen Sportgerichtshof die Anhörung russischer Athleten wegen ihres Einspruchs aufgrund ihrer lebenslangen Olympia-Sperre. Insgesamt haben 42 Wintersportler Beschwerde eingelegt. In 39 Fällen soll ein Urteil noch vor Beginn der Olympischen Winterspiele im südkoreanischen Pyeongchang am 09.02.2018 gefällt werden. |
| 22.01.2018 | Der Oppositionspolitiker und Aktivist Ilja Jaschin wird wegen der Durchführung einer nicht genehmigten Demonstration in Moskau am 24.12.2017 zu einer Geldstrafe von 30.000 Rubel (etwa 430 Euro) verurteilt. Jaschin ist Mitglied der Partei »Vereinte demokratische Bewegung Solidarnost« und hatte mit ihr bei den Moskauer Kommunalwahlen 2017 im Stadtteil Krasnoselskij 7 von 10 Sitzen geholt. |
| 22.01.2018 | Das Meschanskij-Gericht in Moskau verkündet die Auflösung der Stiftung »Pjatoje Wremja Goda« (dt. »Die fünfte Jahreszeit«) aufgrund von Veruntreuung und Verstößen gegen das Datenschutzgesetz. Aus der Stiftung finanzierte sich der Wahlkampfstab um Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj. Das Gericht schloss ein Berufungsverfahren aus. Der Leiter der Stiftung, Leonid Wolkow, plant, Beschwerde beim Justizministerium einzulegen. |
| 22.01.2018 | Die Anwälte des Regisseurs Kirill Serebrennikow legen Beschwerde gegen die Verlängerung des Hausarrests bis zum 19.04.2018 ein. Serebrennikow wird Betrug in Millionenhöhe vorgeworfen. Er steht seit dem 23.08.2017 unter Hausarrest, dieser wurde auf Beschluss des Moskauer Basmannyj-Gerichts am 16.01.2018 verlängert. |
| 22.01.2018 | Ein von Pilotenschülern der »Hochschule für zivile Luftfahrt« in Uljanowsk gepostetes Video sorgt für heftige Diskussionen darüber, wieviel Privatleben Menschen haben sollten, die in ihrem Berufsleben Uniform tragen. Das Video, das innerhalb kurzer Zeit ein viraler Hit im Netz wurde und zahlreiche Nachahmer fand, zeigt die Männer, wie sie nur mit Unterhose bekleidet zu »Satisfaction« von DJ Benny Benassis tanzen. |
| 23.01.2018 | In Machatschkala (Republik Dagestan) wird in der Nacht ein Brandanschlag auf ein Auto der Menschenrechtsorganisation »Memorial« verübt. |
| 23.01.2018 | Die britische Komödie »The Death of Stalin« wird vom Kulturministerium der Russischen Föderation aus dem Verleih genommen. Der Film sollte am 25.01.2018 in die russischen Kinos kommen. In der Begründung heißt es, der Film enthalte »in Russland verbotene Inhalte«. Das Verbot löste eine heftige Debatte in den russischen Medien aus. |
| 23.01.2018 | Die im Juni 2016 beschlossenen Anti-Terror-Gesetze (die sogenannten »Jarowaja-Gesetze«) werden entschärft und ihre Umsetzung verschoben. Die russischen Telekommunikationsanbieter MTS, »VimpelCom« und »Megafon« hatten das Gesetz und die durch die Datenspeicherung verursachten Kosten kritisiert und eine Nachbesserung gefordert. Nun müssen die Speichermengen nur dem tatsächlichen Umfang des Datenverkehrs angepasst werden und nicht mehr wie zuvor der maximal möglichen Kapazität des jeweiligen Anbieters. |

| 25.01.2018 | Der Internationale Leichtathletikverband lässt 18 russische Athleten für einen Start unter neutraler Flagge bei internationalen Leichtathletikwettbewerben im Jahr 2018 zu. Die Mitgliedschaft des russischen Leichtathletikverbands im Internationalen Leichtathletikverband war im November 2015 nach der Aufdeckung systematischen Dopings ausgesetzt worden. |
|------------|--|
| 28.01.2018 | Russlandweit folgen mehrere tausend Menschen dem Aufruf des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj und demonstrieren für einen Boykott der Präsidentschaftswahlen im März. Laut der Menschenrechtsgruppe »OWD-Info« werden etwa 250 Menschen festgenommen, darunter vorübergehend auch Alexej Nawalnyj selbst. Die größten Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg waren nicht genehmigt worden. |

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. Deutsches Polen-Institut Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll Sprachredaktion: Hartmut Schröder Chronik: Alena Göbel Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich Dr. Cindy Wittke, Leibniz–Institut für Ost– und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen - Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/































Kostenlose E-Mail-Dienste

www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter < www.laender-analysen.de>.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.





Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.





Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/ Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.





Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/bibliographies